



Fritz Ott

71032 Böblingen, Kniebisstraße 29

Telefon 07031 225 249 Fax - 764 634
e-mail: ott-quillmann@t-online.de

25. Januar 2019

An den

Ministerpräsidenten des Landes
Baden-Württemberg

Herrn

Winfried Kretschmann

Richard-Wagner-Straße 15

70184 Stuttgart

Bezug: Meine Schreiben vom 20. Und 31.10.2018

Schreiben des Staatsministeriums vom 16.01.2019

Ihr Aktenzeichen: III-4584/Einzeleingaben/112

Anlage: Begründung für die Mitschuld des Landes für die Erdwärmesonden-
Bohrungen-Schäden in Böblingen

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

leider muss ich mich in Sachen Hilfe des Landes für die Erdwärmesonden-Bohrungen
Geschädigten in Böblingen nochmals an Sie wenden.

Doch zunächst möchte ich mich dafür bedanken, dass dieses Mal die Antwort auf
mein Schreiben an Sie aus dem Staatsministerium kam und nicht wieder aus dem
Umweltministerium (UM), gegen dessen Behandlung der in Böblingen (BB)
verursachten Katastrophe durch die fehlerhaften Erdwärme-Sonden-Bohrungen (EWS-
B) ich mich in der Vergangenheit gewendet hatte und erneut wende.

Selbstverständlich verstehe ich, dass es Usus und sinnvoll ist, wenn das fachlich
betroffene Ressort zur Beantwortung einer Eingabe „mit einzubeziehen ist“, wie es Ihr
Herr Dominik Bernauer in Ihrem Namen mir mitteilt. Aber „mit einbeziehen“ darf
nicht heißen, das Beschwerdevorbringen gegen sich selbst abzufertigen.

Natürlich hat Ihr Herr Umweltminister Untersteller prinzipiell Recht, wenn er (in der
Vergangenheit wiederholt) darauf hingewiesen hat, dass sich die durch die mangelhaft
durchgeführten EWS-B Geschädigten an die Verursacher, also das Bohrunternehmen
und dessen Auftraggeber, also die Grundstücksbesitzer, bzw. an deren Versicherungen

halten sollen. Er hat auch recht mit dem Hinweis, „es sei nicht erstrebenswert, dass der Staat, d.h. letztlich der Steuerzahler, eine Absicherung aller Risiken ... übernimmt“. Doch zeigt diese Sichtweise des Herrn Umweltministers, dass er nach wie vor das Problem nicht vollständig erkannt zu haben scheint. Er hat bisher geflissentlich nicht zur Kenntnis nehmen wollen, dass das Land Baden-Württemberg Mitverantwortlicher für die Böblinger EWS-B-Schäden ist.

Denn es sind ja nicht nur die Bohrfirma und die Bauherren der EWS-B, die für die Schadenverursachung tatsächlich und rechtlich verantwortlich und damit auch schadensersatzpflichtig sind. Das Land Baden-Württemberg ist als Förderer der Energiegewinnung durch EWS-B als Alleinverantwortlicher für den Erlass von Richtlinien und für die Genehmigung und Überwachung der EWS-Bohrungen mitverantwortlich.

Und wegen dieses Mitverschuldens an der Entstehung der EWS-Bohrschäden in Böblingen fordern wir vom Land schon jetzt die Zusage, den Geschädigten durch einen Hilfsfonds zu helfen für den Fall, dass die in Frage kommenden anderen Schädiger bzw. deren Versicherungen den vollen Schaden nicht erstatten können.

Es ist nämlich keineswegs so, wie der Herr Umweltminister mehrfach geäußert hat, dass die Bohrfirma und die Bauherren bzw. deren Versicherungen durch einen Hilfsfonds des Landes aus der finanziellen Verantwortung entlassen würden. Wiederholt wurde ihm dargelegt, dass ein wegen des Mitverschuldens des Landes zu schaffender staatlicher Hilfsfonds sicherstellen soll, dass die Geschädigten angesichts der jetzt schon bekannten Unterversicherung nicht die immensen Schäden zu einem großen Teil selbst tragen müssen.

Mein Anliegen ist deshalb - nach den vergeblichen Versuchen das von Ihrem Parteifreund Franz Untersteller geleitete UM zu überzeugen - von Ihnen als Ministerpräsidenten, eine politische Entscheidung zu erbitten.

Zwar hatten die Stuttgarter Nachrichten Sie in der Ausgabe vom 8. Januar 2018 mit den folgenden Worten zitiert:

„Ich bin nicht der Papa meiner Minister“.

Das stimmt so. Aber Sie sind „der Chef im Ring“.

Es kann doch nicht genügen, eine „grüne Politik“ zu machen und, wenn es bei den Folgen aber mal schief geht, zu sagen, „ich war's nicht“.

Wenn Sie nicht wollen, dass die von Ihren Vorgängerregierungen und deren mit den EWS-B befassten staatlichen Behörden mit zu verantwortenden Schäden durch die umweltschonende Energiegewinnung durch Erdwärmesonden-Bohrungen die Bürger selbst tragen sollen, bedarf es Ihres Eingreifens. Denn schon heute steht fest, dass die Versicherungssummen des Versicherers des Bohrunternehmens nicht ausreichen werden. Und die Bohrerherren/Nachbarn zu verklagen kann nicht im Interesse des Landes sein. Solche Prozesse sind für einen Privatmann außerdem meist unzumutbar und finanziell nicht durchzustehen

Es waren mehrere Ihrer von der CDU geführten Vorgängerregierungen, welche die billige und umweltfreundliche Energiegewinnung durch Erdwärmesonden-Bohrungen beworben, gefördert und sogar finanziell unterstützt hatten. Ihre derzeitige, wie auch

schon die ebenfalls von Ihnen geführte vorangegangene Regierung haben „die Suppe auszulöffeln“, die Ihnen diese früheren Regierungen eingebrockt hatten.

In der Hoffnung, dass Sie dieses Mal mein Schreiben an Sie selbst lesen, will ich die (etwas umfangreiche) Begründung für die hier sehr pauschal dargelegte Mitschuld des Landes in einer Anlage zu diesem Schreiben näher ausführen.

Mit vorzügliche Hochachtung

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'M' followed by a period.